

Im deutschen Sozialstaat brennt es



Von **Dorothea Siems**
Chefökonomin

Veröffentlicht am 05.12.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



WELT-Chefökonomin Dorothea Siems

Quelle: Claudius Pflug/WELT

Die Beiträge der Krankenkassen steigen wie seit Jahrzehnten nicht – auch, weil die Hälfte der Bürgergeldempfänger Ausländer sind, die zum großen Teil nie eingezahlt haben. Doch die Bundesregierung weicht auch bei diesem Problem den zwingenden Konsequenzen aus.

Im deutschen Sozialstaat brennt es an allen Ecken. Und die Bundesregierung wirkt wie eine Feuerwehr ohne Wasserschlauch. Der monatelange Streit um das Rentenpaket war nur der Auftakt für die sich anbahnenden Großkonflikte. Zwar wird das teuerste Sozialvorhaben des Jahrhunderts womöglich in dieser Woche den Bundestag passieren. Doch der Aufstand der jungen Unions-Politiker (<https://www.welt.de/debatte/plus69286f796f6da91d77965dc5/pascal-reddig-der-nein-sager.html>), massiv unterstützt von Wirtschaft und Wissenschaft, hat ein Schlaglicht auf die fatale Schieflage in der deutschen Alterssicherung geworfen. Die Bevölkerung ist alarmiert, und die Debatte über die sozialpolitische Irrfahrt dieser Bundesregierung nimmt weiter Fahrt auf.

Denn jetzt sorgt die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für den nächsten Alarm. Die Kassen verklagen den Bund (https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/Politik_Inland_/article692d67869372035036978d6f/kosten-fuer-buergergeldbezieher-kranken-kassen-verklagen-bund.html), weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass ihre Beitragszahler die Kosten für die medizinische Versorgung der Bürgergeldempfänger tragen sollen, von denen die Hälfte Ausländer sind und die zum großen Teil noch nie etwas eingezahlt haben. Die Finanzierungslücke summiert sich laut dem GKV-Spitzenverband auf zehn Milliarden Euro im Jahr. Denn die vom Bund pro Bürgergeldbezieher gezahlte Pauschale deckt nur ein Drittel der anfallenden Kosten. Auch wegen dieser Zusatzlast haben die Kassen ihre Beitragssätze seit 2024 so kräftig anheben müssen wie seit Jahrzehnten nicht. Und der nächste Anstieg der Zusatzbeiträge von 2,9 auf 3,2 Prozent droht zum Jahreswechsel.

Dass die Krankenkassen den Klageweg beschreiten, ist so spektakulär wie verständlich. Der Applaus der geschröpften Versicherten und ihrer Arbeitgeber ist ihnen sicher. Allerdings wäre die mit einem Klageerfolg verbundene Entlastung für die meisten reine Illusion. Wenn am Ende der Bund noch mehr Steuergeld in die Sozialkassen pumpt, bedeutet das für das Gros der Finanziere „rechte Tasche, linke Tasche“. Denn der Bund holt sich das Geld schließlich auch vom Bürger.

Um die ausufernden Kosten beim Bürgergeld inklusive der medizinischen Versorgung in den Griff zu bekommen, müssten die Leistungen für sämtliche Ukrainer auf das niedrigere Niveau anderer Asylbewerber heruntergeschraubt werden. Überdies sollten alle abgelehnten Flüchtlinge dauerhaft geringere Leistungen erhalten, unabhängig davon, wie lange sie sich schon in Deutschland aufhalten. Die von der Bundesregierung geplante Bürgergeld-Reform sieht indes lediglich für die neu ankommenden Ukrainer ein geringeres Leistungsniveau vor. Für die mehr als 800.000 schon hier lebenden Landsleute (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69087572a6bc3e9242fca62d/so-viele-ukrainer-wollen-fuer-immer-in-deutschland-bleiben.html>) ändert sich nichts. Und solange das so ist, bleibt das Problem der ausufernden Kosten für ausländische Bürgergeldempfänger ein Ärgernis – und eine Wahlkampfhilfe für die AfD.

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) wollte mit einem kleinen „Sparpaket“ die akute Finanznot der Krankenkassen wenigstens lindern. Doch die Länder haben das Gesetz im Bundesrat gestoppt. Sollte es im Vermittlungsausschuss bis Weihnachten keine Einigung mit dem Bund geben, steigt der Beitragsdruck umso stärker.

Wie bei der Rente soll auch im Gesundheitswesen und für die ebenfalls defizitäre Pflegekasse jeweils eine Expertenkommission Vorschläge für eine Finanzreform erarbeiten. Die Rentendebatte der vergangenen Wochen hat jedoch gezeigt, dass den Spitzen von Union und SPD der Mut fehlt, den Bürgern ehrlich zu sagen, dass auch unpopuläre Sparmaßnahmen unumgänglich sind, damit die Sozialversicherungen trotz der bevorstehenden demografischen Verwerfungen nicht zusammenbrechen. Wegen dieser Reformverweigerung kommen auf die Beitragszahler immer höhere Abgaben zu.

Anmerkung der Redaktion: Scholz geht, Merz kommt, die Wirtschaft schrumpft, die neue Koalition steht in Umfragen ohne Mehrheit da. 2025 war ein Jahr des rasenden Stillstands. Kommt 2026 die Wende? Darüber diskutieren beim nächsten WELT-Kolumnistengipfel am 8. Dezember um 19 Uhr Fatina Keilani, Dorothea Siems, Henryk M. Broder und Don Alphonso. WELTplus-Premium-Nutzer haben freien Zugang zum Livestream bzw. zur Aufzeichnung. Alle anderen Interessenten [können sich gern hier anmelden \(https://www.welt.de/premium/plus69298fa16f6da91d77966cdd/welt-kolumnistengipfel-2025-was-fuer-ein-jahr-und-was-verspricht-2026.html\)](https://www.welt.de/premium/plus69298fa16f6da91d77966cdd/welt-kolumnistengipfel-2025-was-fuer-ein-jahr-und-was-verspricht-2026.html).
